

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 A. 1/4jährlich 1.50 A. jährlich 3.00 A. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 A.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezahlbar. Folter monatlich 10 A. 1/4jährlich 30 A.

# Die Welt

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/ale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 199.

Halle a. S., Freitag den 27. August 1897.

8. Jahr.

### Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

10. November 1896 bis 25. Juni 1897.

Nichts war für unsere allgemeinen politischen Zustände charakteristischer wie das schließliche Scheitern der Justiznovelle. Bekanntlich hatte man im vorigen Juni das Parlament verlegt. War sie doch schon einmal nicht weniger wie 35 Stimmen unzureichend für Vernehmung der Richter, indes die Verlegung hat wohl einige Abgeordnete vor dem weiteren Ablauf der gegen stehenden Projekte demotiviert, der Justiznovelle hat sie nicht genügt.

Die Schuld liegt einzig und allein an der Regierung. Seit dem Jahre 1888 bereits hatte der Reichstag wiederholt in Vorschlägen und Beschlüssen die Einführung der Verlegung gegen die Strafammerlei und ebenso seit 1881 die Einführung von ungeschuldiigten Verurteilten gefordert. Endlich hat die Regierung diesem Vorschlag nach, aber da die Einführung einer neuen Verleghung nach dem Reichstagsbeschluss von 1896/97, die Verlegung und sonstige Reformen, so kann man auf der anderen Seite auf die Verleghung, wo das Krausen am schlechtesten angebracht war. Die Straffammerlei wollte man zu Zukunft nur mit 3 Richtern besetzen, das Vorkerfahren wollte man beibehalten, die Verleghung nicht einführen, später sollte das Verleghungsbemerkung erwidert sein. So, wenn es der Erfüllung von Strafurteilen gilt, da selbst uns das Geld an allen Ecken und Enden! Dann sollte auch der Staatsanwalt das Recht der Verlegung erhalten, so daß der Angeklagte unter Umständen in der höheren Instanz auch schuldig abzusprechen konnte, wie bei der ersten Verleghung. Bei politischen Prozessen hätte das zweifelslos zu weitestgehenderen und Beschleunigungen geführt, weil die Staatsanwaltschaft bei jedem liberalen Urteil die Verleghung vor dem höchsten Gericht erlitten hätte müßte.

Der Reichstag hat sich demnach bei dem vor der Hand nachdrücklich zu legen, bei der Sicherung möglichst reifer und richtiger Entscheidungen gleich im ersten Verleghung — ist doch die Verleghung vielfach eine Selbstehre. Er hielt hier bemerkt vor allem an dem Hauptmangel der Verleghung, von dem aus einer Verleghung und einer Verleghung einzig und allein, während beim Verleghungserfolgung dem Regierung bereits zwei Drittel der Ausschlag gegeben haben würden. Dieser schlechte die Verleghung, — vollständig, denn notwendige Forderungen, wie die Einführung der Verleghung und der Beschleunigung, lassen sich auf die Dauer mit dem Reichstagsbeschluss nicht vereinbaren.

Der ganze Verlauf der Sache ist nur fesselnhaft für die Regierung, die nur vor Abschluß, ohne auch nur mit einer Stimme zu jenen 44 Millionen als erste Rate für die Neubewertung der Verleghung gefordert und auch erhalten hat.

Beziehen sind die Verleghungsbüchel in Reichstags noch abgelehnt worden. Schon der Entwurf hatte in seinen Mainemorderungen alle Fraktionen fertig gemacht. Der Zentrumseiner Reiter hätte „ganz bedeutende Abstriche“ für notwendig gehalten, nicht nicht aufzufassen, er enthält neue Steuern form nach, das Zentrum wollte nicht wollen, gegen in einem Organ von „staatsrechtlich hinfälligem, wo es hinsichtlich seiner Zeit und sein Ende mehr abge. Der konservativen Staatsrecht d. Verleghung hat die Zunahme des Marine-Etats „ganz bedeutend“.

Der Nationalliberal Dr. Raabe bezeichnet es als „undenkbar“, daß in dem Reichstag ein solches Verleghungsbemerkung vorgetragen wird, die Nationalliberalen würden ebenfalls bereit sein, endlich abzusprechen. Anfang Februar hat dann nach einem Offen bei dem unabweislichen Dr. v. Mikul als hohem Wunde die Verleghung, das das Verleghungsbemerkung mit der Regierung, sondern in dem Reichstag nicht aufzugeben, sondern die ihm gebührende Macht zu sich zu erhalten und zu vertheidigen. Anfang März hat die gesamte Reichstags die Budgetkommissionen seinen Bescheid. Der Reichstagsrat stand zwar über der Verleghungsbemerkung, jedoch informativ, nicht als „Büchlein“ jedoch die in der Verleghungsbemerkung, die Nationalliberalen und Zentrumsbemerkung, selbst einmündig, so daß man schon Wohlgen an Genehmigung einer Flottenvermehrung beizubringen hat. Die Budgetkommissionen trüb tropfen 24 Millionen vom Gesamtwort, das Zentrum hielt die Abnahme an. Längere Zeit brachte und gäbe es geneigt, in der Reihen der Schiffbauern, Arbeiter und Nationalliberalen, der Verleghungsbemerkung und sozialer Arbeiter aller Art. Admiral Spillmann reichte seine Entschuldig ein; aus den Rundreden der Regierungsbemerkung mußte man auf Kompromiß schließen. Doch die Verleghung für den Weg der Verleghungsbemerkung, sondern die Verleghungsbemerkung, das das Verleghungsbemerkung mit ihrem Ziel. Der ganze Erfolg war, daß der Chef der Marineverwaltung und mit ihm ein gut Stück des Ansehens der einseitigen Regierung über Ward ging. Freilich, wenn man sieht und fragt kommt, was ist dem Reichstag nur vorzukommen, ausfinden, auf ihn abzugeben, verständig hat man, wie die letzten Ereignisse beweisen, durchaus nicht.

Welch ein reichhaltiges Anschauen unteres Ministeriums würde es sein, was die Durchführung der Reichstagsrat sich bringen würde? Schon die Verleghungsbemerkung, die Nationalliberalen den Schultern Staatsrechtler können sehen auf, sie hat die Steigerung unserer Schuldenlast wesentlich mit befördert. Die Ausgaben für Marine betrug im nach den Verleghungsbemerkungsbemerkung für 1896/97 und 1897/98 nach den Verleghungsbemerkung:

Jahr	in Millionen Mark	in Millionen Mark
1872	31 082 100	
1873	25 969 000	
1874	31 731 000	
1875	49 209 600	8 265 000
1876/77	41 069 500	7 999 200
1877/78	60 334 500	26 320 900
1878/79	61 713 000	24 289 300
1879/80	49 094 700	16 773 000
1880/81	39 955 800	11 226 500
1881/82	37 711 100	8 351 100
1882/83	36 341 300	8 538 300
1883/84	39 813 600	10 307 200
1884/85	44 434 000	14 000 000
1885/86	62 058 800	11 556 200

1886/87	50 467 600	12 199 100
1887/88	52 357 100	11 085 700
1888/89	51 048 900	11 632 100
1889/90	54 901 800	10 763 800
1890/91	71 727 000	28 306 200
1891/92	75 397 000	24 739 300
1892/93	90 439 100	19 317 700
1893/94	81 240 900	12 126 700
1894/95	78 532 900	5 042 900
1895/96	85 893 200	7 671 500
1896/97	86 259 900	5 830 800
1897/98	116 474 900	25 708 700

Es sind insgesamt seit 1872, also in 26 Jahren, im ganzen 1501 1/2 Millionen Mark für die Marine verausgabt oder bewilligt worden, davon mehr über die Hälfte in den letzten zehn Jahren, also seit dem Regierungsantritt Wilhelm II. In der Reichstagsrechnung weiter für die drei nächsten Etatsjahre 1898/99, 1899/1900, 1900/1901 neue Schiffbauten angesetzt, welche einen Kostenaufwand von 182 885 000 M. erfordern, so daß auswärts der von der Regierung für 1897/98 geteilteten Schiffbauten und der aus den Vorarbeiten übernommenen Restforderungen sich ein Aufwand für Schiffneubauten von 328 871 000 M. ergibt. Was dann von 1901/2 kommen soll, blieb vorerst in Dunkel gehüllt. Aber ein Blick in den letzten Jahr zeigen, daß sich auf diesem Gebiete die gleiche Entwicklung zu vollziehen beginnt, wie sie für die Landmarine bereits zu so ungeschicklichen Opfern geführt hat. Verhältnismäßig zeigt die Marine sogar ein rascheres Wachsen ihres Aufwandes als das Meer. Will der Staat in Zukunft nicht zwei Ozeane an Stelle des einen Ozean opfern, so wird er bei den nächsten Wahlen alle Kräfte gegen die Regierungsparteien anzupflanzen haben.

### Tagegeschichte.

Zur Finanzlage des Reichs schreibt heute die Freiz. Ztg., die Marineoffiziere würden nicht müde zu versichern, daß die Flottenvermehrung um so unbedenklicher sei in der gegenwärtigen günstigen Finanzlage. Bei der Schilderung dieser Finanzlage wird nur immer eine Kleinigkeit vergessen: die riesige Zunahme der Reichsschulden. Seit dem Tode Kaiser Wilhelm I. haben sich die Reichsschulden bis zum 31. März 1896, also in acht Jahren, von 721 Millionen auf 2125 Millionen, also um 1400 Millionen Mark vermehrt. Das Jahr 1896/97 ist nach der Politik der Budgetkommission des Reichstags das erste, welches keine Schuldenerhöhung, sondern eine Schuldenerminderung, von 23 Millionen Mark zu versprechen hat. Für 1897/98 aber geht es jetzt schon nunmehr weiter in der Schuldenerhöhung. Teils infolge der großen Steigerung der einmaligen Ausgaben der Marine (gegen das Vorjahr um 27 Millionen), teils infolge des Rechts zur Abänderung der Feldgeschichte hat der neue Etat nur zur Balancevergebracht werden können durch einen Anleihebetrag von nicht weniger als 81 694 299 M.

Herrn Krupp's „Peters-Pfennig“. Die deutsche Finanzkraft, die die Petersische Expedition nach Afrika finanzieren wollte, war Geheimrat Krupp in Essen. Zwischen diesem, Dr. Peters und dem Engländer Dr. Smith wurde ein Kontrakt vereinbart. Krupp erklärte sich bereit, zu dem Unternehmen 500 000 M. herzugeben. Nachdem aber der Projekt gegen Peters vor dem Disziplinarkomitee die Bekanntheit gegen Peters ungünstige Werbung genommen hatte und gleichzeitig zwischen dem beiden Führern des Unternehmens Dr. Smith und Dr. Peters Streitigkeiten ausgebrochen waren, erklärte Krupp den Kontrakt für gestift und zog die Zulage, 500 000 M. zu zahlen, zurück.

Das Agrarierblatt über die ländliche Wohnungsnot. Das Bündler. on, die D. Tagesztg., nimmt endlich Stellung zu den Schilderungen Göhrres und anderer. Das Agrarierorgan hat die Stimm, die ländlichen Wohnungsverhältnisse wahrhaft idyllisch schon zu nennen. Die Wohnungsverhältnisse der ständigen stehenden Tagelöhner und Arbeiter entsprächen im allgemeinen durchaus allen vernünftigen Anforderungen. Man darf sich freilich nicht auf den Standpunkt eines Mannes stellen, der eine flucht für sich eingerichtetes Zimmer für notwendig hält, um menschenwürdig leben zu können. Der ländliche Arbeiter die Wohnungsverhältnisse so haben, wie er sie vom Vater her und von Kind auf gewöhnt ist. Er bedarf nicht besonders viel und besonders großer Wohnräume, da der Acker draußen sein regelmäßiger Aufenthalt ist. In großstädtlichen Zimmern würde er sich nicht wohl fühlen. Als ergötzliches Beispiel können wir aus eigener Erfahrung folgendes erzählen: Ein wohlmeinender Gutsherr baut neben die alten niedrigen, aber gemüthlichen Arbeiterhäuser ein größeres, den sogenannten Anforderungen der Reuezeit entsprechendes, mit hohen luftigen Zimmern. Aber siehe da, keiner will in das neue Gebäude ziehen. Man begreift, sie halten es für eine Zurücksetzung, wenn sie aus den alten Häusern heraus in das neue überfiedeln sollen. — Das Blatt merkt offenbar gar nicht, welches vernichtende Urteil es damit über die bestehenden Zustände ausspricht, wenn es die Arbeiter für so herabgekommen erklärt, daß sie nicht einmal mehr Sinn für eine saubere,

lufelige Wohnung besitzen. Die D. Tagesztg. fährt dann in der Verteidigung der grünenhaften Zustände fort: Was die Unterbringung der Sommerarbeiter anbelangt, so könnte man doch nicht zu diesem Zwecke eine Menge Häuser errichten, die im Winter leer stehen. Die Sommerarbeiter sind gewohnt, zusammen zu wohnen und wollen nicht anders. Der Aufenthalt in den Unterkunftsstätten beschränkt sich ja in der Regel nur auf die kurze Sommerzeit; am Tage sind sie draußen. Was die Trennung der Geschlechter anlangt, so wird ihre Durchführung freilich überwacht. Verhältnisse, wie die von Göhrre geschilderten, sind kaum denkbar, zum mindesten ganz unvereinigt. An übrigen Verlegenheiten man nicht, daß der Verleghung unter den Leuten von Haus aus viel unangenehmer ist und nicht mit verborgenen Großfädelungen angelegen werden darf. Die Leute sind in ihren Ansprüchen weit natürlicher. Sie finden in einem freieren Verkehr der Geschlechter mit einander nicht Anstoßiges, und ihr Verkehr hat auch in der Regel thatsächlich nichts Anstößiges.

Heberall daselbe Lied. Die Schilderungen Göhrres über die fabelhaften Wohnungsverhältnisse der Arbeiter auf einer Oberbuch Domäne werden von überall her bestätigt. Heberall, wo der Großbetrieb seine Krallen in das ländliche Leben geschlagen hat, herrschen die gleichen idyllischen Zustände. So schreibt ein Kenner folgenden weiteren Beitrag: Die ländlichen Verhältnisse der Provinz Sachsen sind uns von persönlicher Anschauung nicht bekannt; um so genauer kennen wir große Distrikte des Nordens und Ostens, gerade derjenigen Provinzen, in denen das Arbeitermangel zur höchsten Höhe gediehen. Dort dürfte Göhrre ruhig von Bitterburg zu Bitterburg gehen, und er würde überall dieselben traurigen, der Menschlichkeit höchst beschwerlichen Zustände finden, wie er sie auf seiner Adersdorfdomäne angetroffen hat. Wenn der eine oder der andere Heberer in der Provinz, getrieben von der Not des Arbeitermangels, nur besser ausgestattete Katen, d. h. Arbeiterhäuser, gebaut hat, so genügt das immer noch nicht, um das allgemeine Verarmungsstadium um ein Wenigstens einzuschärfen. In den Herrschaftshäusern und Schlössern, ja in vielen Arbeiter- und Schenkenhäusern sieht's dagegen anders aus. Wie viele Arbeiterhäuser gibt es im Osten, die von ihren Mitbewohnern bewohnt werden um den Vorgang, daß sie ihr Lager nicht neben den Gärten oder in der Geshirftammer neben dem Stall bereiten können. Dort ist es hoch und luftig und warm; in den Geshirftammern der Tagelöhner und Arbeiter ist es über so ähnlich, wie die Göhrre geschildert hat.

Und diejenigen Leute, die diese Verhältnisse verurteilen und dulden, beherzigen unsere Vorsehung, unsere Politik, unser öffentliches Leben!

Der Streit um die Futterkrippe. In der Nähe von Leipzig ist eine dörfliche Pfarrstelle zu besetzen, deren Inhaber für seine schwere Arbeit jährlich 8000 Mark Einkommen bezieht. Nach solchen fetten Pfünden leiden sich natürlich die Geldhehler alle Finger; es ließen darum zahlreiche Bewerbungen ein. Kollator der Stelle ist aber der Großpächter von Wemar, und so möchte es kommen, daß nicht ein einziger der ländlichen Bewerber sondern drei waimarische Amtsbrüder der Gemeinde zur Auswahl präsentiert wurden. Darob großes Kammerieren unter der frommen Praderkirche. Selbst die mit Monarchismus durch und durch imprägnierte Leipz. Zeitung, das amtliche Regierungsorgan, verzagte sich so weit, daß sie unwirksam wurde. Wer der Glücklichste sein wird, die Frau — hier durch eine Pfarrstelle mit 8000 M. Einkommen verfürpft — heimzuführen wird, ist noch im Schoße der Zukunft verborgen. Er aber hatte nicht, da er kein Haupt hinlegen konnte, heißt es in der Bibel von „unserem Herrn und Heiland“

### Ausland.

Italien. Neben den Latitudinen Besitz, der von seinen Eigentümern brach liegen gelassen wird, während die Volksmassen hungern, macht sich unter der ländlichen Bevölkerung Italiens eine Gegenrichtung geltend. Eine Nachricht aus Rom meldet darüber: Unter den Landleuten einiger Gegenden Latiums macht sich eine Bewegung bemerkbar, die eine Aufteilung der großen unbesetzten Ländereien der Patrizierfamilien durchziehen soll. Montag früh begaben sich 700 Landleute mit Frauen und Kindern aus Marino nach dem Grundbesitz des Fürsten Colonna in Frattocchie, um vielen untereinander zu verteilen. Dem Zug voraus ging ein Mann mit der Nationalfahne und Wulst, die den Königs-macht spielte. Es gelang den Befehlenden, die Leute zur Rückkehr nach Marino zu bewegen, wo sie sich ruhig streuten. Vier Kompanien sind nach den Orten der Bewegung abgegangen, um Aufständischen zu begegnen. Bisher herrscht überall Ruhe.

Das letzte ist für die italienischen „Staatsmänner“ natürlich die Hauptfrage. Wägen die Bauern hungern, wenn sie nur Ruhe haben!

Spanien. Die spanische Justiz hat wieder eine hervorragende Leistung aufzuweisen. Evangelina Cisneros, die 20jährige Wichte des Präskripten der kubanischen Republik, ist von den Spaniern der Verleghung für schuldig





